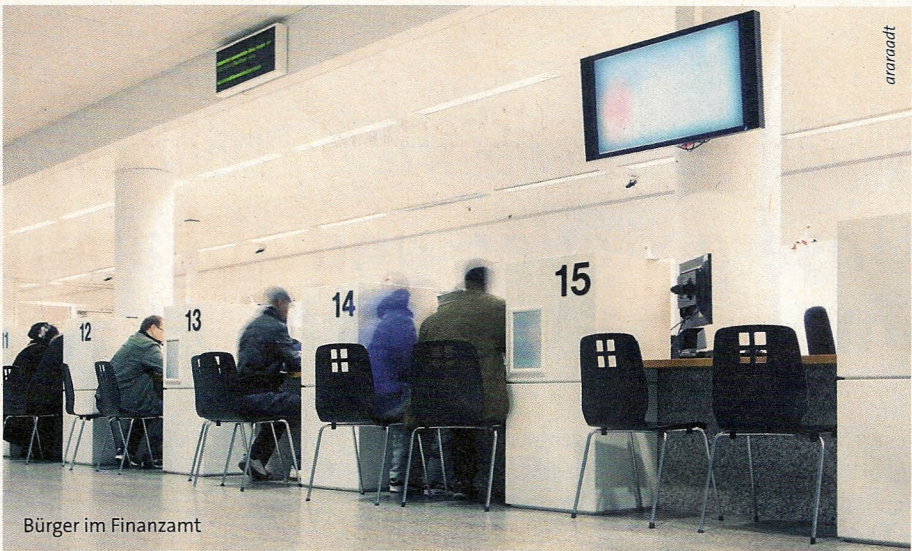


Volle Taschen, leere Taschen

Der öffentliche Dienst ist eine Wachstumsbranche – zumindest quantitativ. Er wird stetig größer und deutlich teurer für die Steuerzahler. Und qualitativ? Profitieren die Bürger hier vom Boom der Ämter?

Die Energiekosten bleiben hoch, die Steuerlast sowieso und die Sozialabgaben steigen immer weiter – Bürger und Betriebe ächzen unter hohen Abgaben. Auch wenn die Politik mit zahlreichen „Entlastungsmaßnahmen“ Abhilfe versprochen hat: Die nach dem Gießkannenprinzip ausgeschütteten Hilfen sind selten zielgenau, insgesamt teuer und versiegen teils auf dem langen Weg durch die Verwaltungsbürokratie aufgrund von Ineffizienz und Resignation. Am Ende bleiben viele Bürger und Betriebe sich selbst überlassen.

Viel Personal, wenig Fortschritt
Dieser Aktionismus der Politik und die teilweise Überforderung staatlicher Behörden werfen ein schlechtes Licht auf die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. Diesen Zustand kennen wir nicht erst seit der Pandemie und der Energiekrise – die Defizite der öffentlichen Verwaltung sind chronisch. Ob beklagenswerter Service, lange Bearbeitungszeiten oder die seit Langem schon verschleppte Digitalisierung. Dennoch hält der öffentliche Dienst viel von sich selbst, und erst recht die Politik, die sich auf ihn stützt. So wird der aktuelle Tarifabschluss die Kommunen 17 Mrd. Euro kosten, den Bund weitere 1,4 Mrd. Euro. Doch das ist nur der Anfang, denn der Bund wird das üppige Ergebnis auf seine Beamten übertragen: Aus der Staatskasse erhalten diese dann 3.000 Euro an steuerfreier Sonderzahlung und ab kommendem Jahr ein Gehaltsplus von mindestens 7,9 %, in der Spitze sogar 14,2 %. Und das, obwohl Beamte im Gegensatz zu Angestellten keine Beiträge in die Sozialversicherung abführen müssen, sie also viel stärker von einer Lohnerhöhung profitieren und von Beitragssatzsteigerungen ausgenommen sind. Auch dynamische Besoldungskomponenten wie der Familienzuschlag oder Amtszulagen werden kräftig und zwar um mehr als 11 % angehoben. Solche Lohnrunden können sich die meisten Betriebe in Deutschland nicht einmal ansatzweise leisten, weshalb das Gros der Arbeitnehmer mit spürbar kleinerem Portemonnaie haushalten muss.



Verbeamtung wie am Fließband
Die Übertragung des Tarifvertrags auf die Beamten, Pensionäre und Soldaten wird den Bund weitere 3,5 Mrd. Euro kosten. Seine Personalausgaben liegen mittlerweile bei deutlich mehr als 40 Mrd. Euro pro Jahr, dazu kommen hohe Milliardenbeträge für die Finanzierung der Pensionäre von Post und Bahn. Dass der Bund für sein Personal immer tiefer in die Tasche greifen muss, liegt nicht nur an teuren Gehaltsrunden, sondern vor allem an einem enormen Personalzuwachs. Das Aufblähen der Ministerien und Behörden bewerkstelligt die Politik im Endeffekt ausschließlich über neue, lebenslange Beamtenposten inklusive teurer Pensionsverpflichtungen. So ist das Beamtenheer seit 2010 um 56.000 auf mehr als 195.000 Stellen (+40 %) angewachsen, die Zahl der tariflich Angestellten im gleichen Zeitraum aber von rund 123.000 auf 104.000 (-16 %) gesunken.

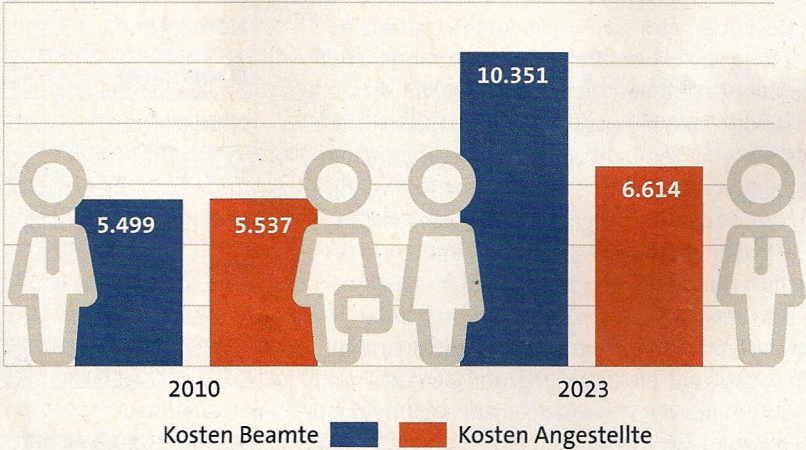
20 Mrd. Euro Mehrkosten für die Länder?
Ähnlich die Situation bei den Ländern. Auch dort wird die staatliche Verwaltung immer größer – und es wird viel zu viel

verbeamtet. Für die Steuerzahler wird es ab Herbst 2023 nochmals teurer, wenn Tarifverhandlungen für die mehr als 1,2 Mio. Tarif-Angestellten in den Ländern anstehen. Danach warten 1,3 Mio. Landesbeamte auf eine Übertragung. Nehmen die Gewerkschaften den Tarifvertrag des Bundes und der Kommunen als Blaupause, rollen mehr als 20 Mrd. Euro an zusätzlichen Personalkosten auf die Etats der Länder zu, die aufgrund ihrer Personalintensität bereits jetzt schon teils mehr als 40 % für Personalausgaben reservieren müssen.

Klar ist: Die wenigsten Beschäftigten genießen einen derartigen Ausgleich der Inflation und ihrer Auswirkungen wie Staatsdiener. Geleistet wird dieser finanzielle Kraftakt von der Allgemeinheit der Steuerzahler. Dennoch arbeiteten alle Finanzämter zuletzt langsamer bei der Erstellung der Steuerbescheide – trotz tausender neuer Stellen. Das Beispiel zeigt: Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung muss dringend besser werden! Das ist sie den Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Sebastian Panknin, s.panknin@steuerzahler.de

Personalkosten für aktive Beamte und Arbeitnehmer des Bundes (in Mio. Euro)



Quelle: Bundesfinanzministerium, eigene Darstellung